Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 17 (1997)

Heft: 34

Artikel: Grüne und Linke am Scheideweg : Kernpunkte eines öko-sozialen Richtungs- und Politikwechsels

Autor: Wolf, Frieder Otto

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652515

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Frieder Otto Wolf

Grüne und Linke am Scheideweg

Kernpunkte eines öko-sozialen Richtungs- und Politikwechsels

Wir haben lernen müssen, daß vieles ungewiß ist, was wir für gesicherte Erkenntnisse hielten. Unsere Vorräte an Gewißheiten haben sich in den letzten zwanzig Jahren dramatisch reduziert. Zumindest eines ist aber immer noch unbestreitbar: Es gibt im vielfältig in die Irre führenden Netzwerk der historischen Pfade (F.O. Wolf 1997) nur eine Richtung, die zu gehen ausgeschlossen ist. Dies ist die Richtung nach rückwärts, in die Vergangenheit. Ob wir dies wollen oder nicht, wir werden immer wieder von den Verhältnissen, in denen und unter denen wir unsere eigene Praxis entfalten, dazu gezwungen, radikal zeitgenössisch zu sein. Das beginnt unausweichlich damit, daß wir zu bestimmen versuchen, vor welchen Entscheidungen, welchen „Scheidewegen" wir heute stehen. Um dies herauszufinden, ist ein gezielter, begrenzter und nüchterner Blick zurück durchaus nützlich.

In der Epoche des historischen Fordismus wurde der charakteristische Klassenkompromiß, der in unterschiedlichen Ausprägungen seinen zentralen Mechanismus konstituierte, von unterschiedlichen Sekundärmechanismen gleichsam „gespeist" und damit erleichtert. Der Produktivitätskompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital gestand dem Kapital eine ungestörte Entfaltung seiner Strategien der relativen Mehrwertproduktion zu, um im Gegenzug der abhängigen Arbeit jedenfalls in ihren Kernsegmenten den substanziell realen Status einer rechtlich und materiell abgesicherten (Staats-)BürgerInnenschaft im Sinne einer tatsächlichen Teilhabe an der Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums einzuräumen. Diese Sekundärmechanismen waren selbstverständlich nicht der Sache nach sekundär, sie wurden aber im fordistischen Klassenkompromiß als sekundäre, unterstützende Bedingungen behandelt: Hierher gehört der Beitrag der kolonialen und neokolonialen Ausbeutung zum Reichtum der Metropolen; wie auch immer wir ihn genauer begrifflich fassen müssen, wird mensch ihn jedoch nicht schlichtweg leugnen können. Hierher gehört der Beitrag der Frauen, die 40-60 Prozent der insgesamt gesellschaftlich notwendigen Arbeiten als unbezahlte „Eigenarbeit" leisten und im historischen Vollbeschäftigungsmodell des Fordismus allein als Zuverdienerinnen im patriarchalen Haushalt des „Familienernährers" vorgesehen waren. Hierher gehört der gesamte Bereich der Abwälzung von Produktions- und Reproduktionskosten auf die Umwelt, auf andere ökologische Systeme und Spezies respektive auf künftige Generationen.

An die Stelle der Umverteilung von Wachstums- und Produktivitätsgewinnen, die das fordistische Modell noch durch Nutzung der angesprochenen sekundären Mechanismen gewährleisten konnte, wird die Linke der 90er Jahre auf eine direkte Umverteilung von Erträgen setzen müssen. Statt

auf eine sehr indirekte Beeinflussung der Richtung der Produktionsentwicklung durch die Haupttendenzen des Massenkonsums zu zielen, wird es ihr darum gehen müssen, die grundlegende Richtung der Produktionsentwicklung direkt zu beeinflussen: Die Entwicklung in Richtung von stark ansteigender Ressourceneffizienz anstelle eines weiter vorrangig betriebenen Ansteigens der Arbeitsproduktivität. Das wird nicht mit den Methoden der sozialdemokratischen Politik der fordistischen Phase, mit ihrer ausgeprägten Subalternität gegenüber Kapital und Staat, machbar sein. Aber eine schlichte Politik der Konfrontation, sei es von unten, gleichsam aus den in Bewegung geratenden Massen heraus, sei es auch aufgrund erneut übernommener Regierungsmacht, wird dazu noch weniger imstande sein. Gesucht sind Politikkonzepte, die eine realitätstüchtige, verläßliche Aktions- und Bündnisfähigkeit mit einer strategisch angelegten Langzeitperspektive kombinieren, die auf durchaus inkrementalistischen Wegen sich selbst verstärkende politische Aktivierungsprozesse einleiten, die sich schließlich zu qualitativen Veränderungen kumulieren. Dies wird nur in einem gemeinsamen Vorgehen der unterschiedlichen Komponenten der „alten" und der „neuen" Linken der 70er und 80er Jahre möglich sein – allerdings nur in einer Gemeinsamkeit, die erst noch als Resultat hart und offen zu führender Kritik- und Auseinandersetzungsprozesse zu gewinnen sein wird. Dabei wird jede Seite mit gutem Recht auf ihren eigenen Erfahrungen und Einsichten beharren, ohne sich der Notwendigkeit ihrer Konfrontation und gegebenenfalls Relativierung durch die Perspektiven anderer und damit auch einer erneuerten theoretischen Fassung und politischen Artikulation zu einem allgemeineren politischen Projekt zu verschließen. Die praktische Entwicklung neuer Formen von Massenbündnissen und Regierungskonstellationen hat bekanntlich schon längst begonnen – und wird der notwendigen theoretischen und historischen Arbeit erst die immer wieder notwendige Dringlichkeit geben, ohne die eine Konzipierung wirklich neuer Modelle des Handelns unmöglich ist.

Im „ewigen Frühling der Amnesie" gedeihen keine vorwärtsweisenden Gedanken. Umfassende Erinnerungsarbeit ist notwendig, ohne Ausgrenzungen und „blinde Flecken". Aber auch diese Arbeit muß inzwischen vor allem bei uns selbst anfangen, d.h. bei der Generation, die erleben musste, wie der Aufbruch der Neuen Linken der 60er Jahre in Ost und West in seinen zentralen Anliegen gescheitert ist – und zwar unter dem theoretisch-politischen Gegenfeuer der neoliberalen Gegenreform, in den postsowjetischen Übergangsstaaten vielleicht erheblich spektakulärer, als wir es im Westen erlebt haben.

Das Grundmuster dieser neoliberalen Gegenreform läßt sich nach dem Muster einer paradoxalen Wunscherfüllung rekonstruieren. Die neuen sozialen Bewegungen im Westen, die Befreiungsbewegungen im Süden und die Erneuerer oder schließlich Dissidenten im Osten hatten sich eine Befreiung von den hauptsächlichen Unterdrückungsaspekten der fordistischen Epoche gewünscht, um dadurch dem alten Ziel der „gleichen Freiheit" näher zu kommen. Das politische Projekt des Neoliberalismus konnte

eben deswegen hegemonial werden, weil es alle diese Wünsche zu erfüllen versprach; wenn auch nur auf dem Wege einer Reaktivierung und Effektivierung der anonymen Herrschaft des Kapitals, das sich allen historischen Verpflichtungen zu entziehen anschickte, die es im „historischen Kompromiß" des Fordismus eingegangen war.

Die neuen sozialen Bewegungen im Westen hatten sich gegen die Vorherrschaft der Großorganisationen in Staat und Gesellschaft und den von ihnen durchgesetzten Konformismus gewandt, individuelle Freiheit der Lebensentwürfe gegen den fordistischen Konformitätszwang eingeklagt: Sie „bekamen" die Atomisierung und Kommerzialisierung fast aller gesellschaftlichen Beziehungen, in der die „Individualisierung" zum Hebel der Unterordnung der einzelnen Frauen und Männer unter die „Sachzwänge" eines globalisierten Wettbewerbs wurden, die formell gleich als „marktsouveräne" Wirtschaftssubjekte miteinander interagierten. Zerschlagung der Gewerkschaften, Fragmentierung des Staates, Ausdünnung der Familienbande und generell eine Aushöhlung der Politik durch eine Entpolitisierung der Ökonomie – alles das war zwar nicht das ursprüngliche Ziel der neuen sozialen Bewegungen gewesen; es kam ihren Wünschen jedoch nahe genug, um Opposition und Widerstand bei ihnen kaum aufkommen zu lassen, und auch um ihre Solidarisierung mit den „alten sozialen Bewegungen" zu verhindern, denen der Neoliberalismus dann in breiter Front Niederlagen zufügen konnte.

Global betrachtet hat die neoliberale Gegenreform insbesondere auch auf die Wachstumskritik der ökologischen Kritiker des „Produktivismus" durch eine paradoxe Art der Wunscherfüllung reagiert. An die Stelle der – mehr oder minder offenen – „Tonnenideologie" der Produktion um der Produktion willen tritt die selektive Konzentration auf die besonders profitablen Stränge der Produktion und das Fallenlassen weniger profitabler oder gar verlustbringender Teile der Unternehmenstätigkeit. Der Gesichtspunkt der Shareholder-value, der kurzfristigen Verwertbarkeit der Unternehmensanteile, macht darauf aufmerksam, daß stoffliche Akkumulation und Wertakkumulation keineswegs systematisch zusammengehen: Entmaterialisierung der Produktion, Tertiarisierung, Outsourcing und neue Managementphilosophien verändern das Gesicht und die internen Prozesse der maßgeblichen transnationalen Unternehmen.

Vor der strategischen Weichenstellung

Wir sollten gewiß die Metapher von der „strategischen Weichenstellung" nicht überstrapazieren. Vieles spricht dafür, daß es auf absehbare Zeit keine spektakulären, dramatischen Entscheidungssituationen geben wird. Vielmehr wird es voraussichtlich eine lange Phase des Sich-Durchwurstelns und der Kleinkatastrophen geben, in wichtigen Punkten vergleichbar mit der konzeptionslosen Politik der Zwischenkriegszeit. Immer noch wird es zu so komplexen Kompromissen kommen, daß selbst die daran Beteiligten deren Implikationen für die Zukunft nicht überschauen können. Dennoch bleibt in

einer Situation, in der sich noch kein zukunftsfähiges Erfolgsmodell der kapitalistischen Akkumulation gefunden hat, doch zumindest die Frage akut, in welche Richtung die reale Entwicklung mittelfristig läuft. Denn auch durch viele kleine, unklar definierte und zögerliche Schritte kann sich letztlich eine strategische historische Weichenstellung durchsetzen.

In der gegenwärtigen Situation einer sich erschöpfenden Dynamik des gleichsam auf volkswirtschaftlicher „Selbstzerstörung" beruhenden neoliberalen Politikmodells muß zunehmend mit einem neofordistischen Rückschwung des Pendels gerechnet werden, in dem dann neue Industriezweige wie die interplanetare Raumfahrt, der Tiefseebergbau bzw. die Energiegewinnung aus den auf den Meeresböden vermuteten Methanvorräten und/oder die Ausbeutung von Asteroiden die Führung bei der Durchsetzung eines neuen planetaren Industrialisierungsschubes übernehmen. In dessen Verlauf könnte dann tatsächlich das „Verlassen der Erde" (Jäger 1995) zur aktuellen Forderung des Tages werden, wenn auch nur für einige „select few" und nicht für die ganz überwiegende Mehrheit der menschlichen Gattung. „Global governance" könnte damit zum Wegbereiter eines neofordistischen Weltkorporatismus werden, in dem die Science Fiction der 50er Jahre auf höchst beunruhigende Weise mit Leben erfüllt werden könnte. Damit steht jede gegen die neoliberale Hegemonie gerichtete Politik zumindest perspektivisch in der Gefahr, zu einer unfreiwilligen Komplizin eines solchen neofordistischen Rückschlags zu werden.

Diese mittelfristige Perspektive hebt aber die gegenwärtige Problematik nicht auf: Denn auch jede Art von alternativer, feministischer und ökologischer oder auch antikapitalistischer Politik wird sich daraufhin überprüfen müssen, wie weit sie sich nicht längst in ihren eigenen politischen Forderungen zu Komplizen der raffinierteren Varianten des neoliberalen Projektes machen lassen. Das läuft in der gegenwärtigen grünen Debatte zum Teil in Form der Verwechslung zwischen der notwendigen Konsolidierung der Staatsfinanzen und einer schlichten präkeynesianischen Austeritätspolitik, zum Teil auch in Form einer ebenso schlichten Orientierung auf den Mittelstand bzw. in der Ausrichtung im Namen der Nachhaltigkeit auf eine Reduzierung oder zumindest ein Einfrieren der Massenkaufkraft und damit der Binnennachfrage. Besser wäre, mit den eigenen Thesen über die Notwendigkeit von weniger, qualitativ besseren, aber auch teureren Produkten als Grundmuster eines massenfähigen Konsumtionsmodells jenseits der fordistischen „Wegwerfgesellschaft" wirklich Ernst zu machen.

Dabei geht es gesellschaftspolitisch um drei Kernpunkte:
Erstens wird es darum gehen, genauer zu bestimmen, welche Potentiale von Marktmechanismen realistischerweise zur Erreichung welcher Zwecke eingesetzt werden können und inwieweit sie tatsächlich modernen Methoden des politischen Managements überlegen sind. In dieser Hinsicht sind immer noch Illusionen weit verbreitet. So kann etwa ein klug konzipiertes Ökosteuersystem tatsächlich einen einmal eingeleiteten Pfad des ökologischen Umbaus, etwa in Richtung auf Energie- und Ressourceneffizienz

sowie Abfallvermeidung stabilisieren. Ohne eine Flankierung durch andere politische Instrumente – vor allem das Ordnungsrecht, das die Zulässigkeit von Anlagen, Verfahren und Produkten regelt, und gezielte Förderprogramme, die eine beschleunigte Umstellung unterstützen – wird es jedoch das notwendige Umsteuern nicht einleiten können, es sei denn durch den Rückgriff auf prohibitiv hohe Steuersätze.

Für diese Aufgabe reicht es keineswegs, sich auf die fragwürdige Annahme zu berufen, „funktionierende Märkte" seien per se „hoch produktive und innovative Mechanismen" (Koenigs 1997). Das Verhältnis von demokratischen Institutionen, gesellschaftlicher Selbstorganisation und anonymen, rein sachlich vermittelten Marktmechanismen bedarf selbst immer wieder expliziter politischer Entscheidungen und konstitutiver Regulierungen, die nicht durch einen eindimensionalen Optimierungsgedanken ersetzt werden können (vgl. auch Bäumer et al. 1997).

Zweitens geht es darum, sich ein realistisches Verständnis für eine mögliche Regulierung des Verhältnisses von Kapital und abhängiger Arbeit jenseits der überkommenen Modelle des „fordistischen Rationalisierungskompromisses" oder des institutionalisierten Konkordanzkorporatismus des „Rheinischen Kapitalismus" zu erarbeiten. Dabei hilft es nicht viel weiter, auf beiden Seiten des Verhältnisses den „Mittelstand" in Gestalt der „neuen Selbständigen" oder der „innovativen Klein- und Mittelbetriebe" ins Spiel zu bringen. Beide beruhen auf historischen Neugestaltungen auf beiden Seiten: weder verschwindet durch die formelle Selbständigkeit der vielen „free-lancer" der abhängige Charakter ihrer Arbeit, der allerdings ganz real neue Formen annimmt, noch verschwindet mit der Verwandlung einstiger Großunternehmungen in Komplexe von Kleinunternehmen, die gleichsam als Satelliten einen Unternehmenskern begleiten, die wirtschaftliche Machtkonzentration in den weltweit operierenden Großunternehmen – ganz im Gegenteil.

Jedenfalls gibt es für die Annahme, ausgerechnet die von Unternehmensgiganten wie Microsoft, Intel und IBM geprägte „Informationsgesellschaft" werde die säkulare Tendenz zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals rückgängig machen und die Industrie insgesamt in Dienstleistungen auflösen (vgl. Koenigs 1997), keine ernsthafte Begründung. Die Aufgabe, die eine realitätstüchtige grüne Politik wird lösen müssen, wird eher darin bestehen, einerseits einen umfassenden politischen, sozialen und ökonomischen BürgerInnenstatus für alle Formen der abhängigen Arbeit einschließlich der „neuen Selbständigen" zu entwickeln und zu institutionalisieren – und andererseits innerhalb und zwischen den Unternehmen den Prinzipien der demokratischen Gleichheit und des fairen Wettbewerbs soweit Geltung zu verschaffen, daß in der Tat jeder Mensch zum aktiven Mitträger und Mitgestalter sich dynamisch erneuernder Verhältnisse werden kann. Das schließt Formen der ArbeitnehmerInnenbeteiligung ebenso ein (vgl. das schwedische Modell von Meidner1984/1994; kritisch dazu Michelsen 1997) wie etwa einen auf die neuen „diffusen" Unternehmens-

strukturen ausgeweiteten Betriebsbegriff oder die umfassende Garantie sozialer und kultureller Grundrechte auch für ArbeitnehmerInnen und AuftragnehmerInnen.

Drittens wird es darum gehen, primär ein realistisches Verständnis für mögliche Funktionen des Staates und der öffentlichen Hände und sekundär eine tragfähige Strategie der Finanzierung dieser Funktionen zu entwickeln, in deren Zentrum die Überwindung der Krise des Steuerstaates stehen wird. Die Staatsverschuldung ist durch die Massenerwerbslosigkeit, eine ruinöse Politik des Steuerdumpings, durch eine fehlgeleitete Finanzierung der deutschen Einheit aus den Sozialkassen und durch Anleihen, durch Aufrüstung und verpuffte Konjunkturprogramme in die Höhe getrieben worden. Dies darf aber nicht zu Kurzschlüssen führen. Die notwendige Konsolidierung der Staatsfinanzen ist nicht durch „Sparen" zu erreichen, sondern durch Wiederherstellung eines Gleichgewichts zwischen den staatlichen Einnahmen und Ausgaben.

Ebenso ist vor dem doktrinären Kurzschluß zu warnen, eine umfassende Privatisierung aller mit wirtschaftlichen Tätigkeiten verbundenen Staatsfunktionen (vgl. Koenigs 1997) werde automatisch zu einem volkswirtschaftlichen oder gar gesellschaftlichen Effizienzgewinn führen. Das gilt sowohl für langfristige Aufgaben wie die Sicherung der Wasserversorgung, als auch für die Bereithaltung grundlegender öffentlicher Netzwerke wie im Öffentlichen Personennahverkehr.

In der Tat ist die Auffassung unbestreitbar als falsch zu erkennen, „daß sich der Wohlstand durch eine totale Kontrolle der Ökonomie mehren läßt" (Kleinert 1997). Diese an der deutschen Kriegswirtschaft orientierte Vorstellung vom „sozialistischen Gedanken" als Eliminierung jeder Art von per definitionem 'unkontrollierten' Marktprozessen ist bereits mit dem „Kriegskommunismus" in der Sowjetunion gescheitert und sollte endlich aufgegeben werden. Eine „Miteigentümergesellschaft" (Fischer 1997) oder eine „Teilhabegesellschaft" (Kleinert), in der demokratische Gleichheit und ökonomische Marktfreiheit nachhaltig miteinander verknüpft werden, braucht dagegen sicherlich mehr, als daß „Aktien und Produktivkapital ... möglichst breit unter den Menschen gestreut werden" (ebd.). Dabei ist wiederum zu unterscheiden zwischen „jenen alten sozialdemokratischen Steuerungsansprüchen an den Staat, die sich schon in den 70er Jahren als überzogen und unrealistisch" erwiesen haben sollen (M. Wolf et al. 1997), und dem Anspruch auf die demokratische Durchsetzung von Rahmenbedingungen und Zielen der marktökonomischen Prozesse, die es auch den strukturell schwächeren MarktteilnehmerInnen, den abhängig Arbeitenden und den beherrschten Unternehmen real ermöglichen, aktiv an der Gestaltung des eigenen ökonomischen Umfeldes teilzunehmen.

Das Verhältnis von demokratischer Politik, sachgesetzlichen Marktprozessen und individueller bzw. kollektiver Selbstorganisation bedarf der neuen Entwicklung. Gerade weil der alte Staatssozialismus sich offenbar als historisches Projekt erschöpft hat, gewinnt angesichts der Herausforderun-

gen der Linken durch Ökologie und Feminismus die „sozialistische" Fragestellung nach den der privaten Aneignung politisch zu setzenden Grenzen eine ganz neue Aktualität.

Literatur

Bäumer, Hartmut et al., 1997: Eine Auseinandersetzung mit T. Koenigs Programm grüner Wirtschaftspolitik. Frankfurter Rundschau v. 5.12.

Fischer, Joschka, 1997: Die Eigentumsfrage muß wieder gestellt werden. Frankfurter Rundschau v. 19.7.

Jäger, Michael, 1995: Das Verlassen der Erde. Berlin.

Kleinert, Hubert, 1997: Produktivkapital breit streuen. Der Spiegel, Nr. 40, Hamburg.

Koenigs, Tom, 1997: Die Entdeckung des Marktes. Ein neues wirtschaftspolitisches Programm: Mehr Wettbewerb, weniger Steuern, Abbau von Bürokratie und Mittelstandsförderung. Frankfurter Rundschau v. 5.11.

Meidner, R., 1984: Modell Schweden. Erfahrungen einer Wohlfahrtsgesellschaft. Frankfurt/M./New York.

Meidner, R., 1994: Modell Schweden – Erfolge, Schwächen und Zukunftsperspektiven der schwedischen Gewerkschaftsbewegung. WSI-Mitteilungen, Nr. 1, Düsseldorf.

Michelsen, Kai, 1997: Die gescheiterte Transformation des Schwedischen Modells. FEG-Studie Nr. 9, Inst. f. Politikwiss. Marburg.

Wolf, Margareta et al., 1997: Thesenpapier zu Schröders „Innovationen für Deutschland". Bundestagsfraktion der Bündnis/Grünen, Bonn.

Wolf, Frieder O., 1997: Letzte Ausfahrt Brooklyn? Vorüberlegungen zu einer Bestandesaufnahme der Lage der Linken nach dem Ende des kurzen 20. Jahrhunderts. Andere Zeiten Nr. 4, Berlin.

Albert Sterr (Hrsg.)

DIE LINKE IN LATEINAMERIKA

Analysen und Berichte. 320 Seiten, broschiert. ISBN 3-85869-141-0

Fr. 36.–/DM 38,–/ÖS 277,–

Aktuelle Debatten, neue Strategien und Ansätze, Analysen und Länderporträts, geschrieben von bekannten Politikern, Wissenschaftlerinnen und Aktivisten der Basisbewegungen.

Erhältlich in jeder guten Buchhandlung.